

STAATLICHE BEIHILFEN

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Maßnahme Nr. C 15/2000 (ex N 638/99) — Änderung einer Beihilferegelung in Form verminderter Sozialversicherungsbeiträge

(2000/C 184/03)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 4. April 2000, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Schweden ihren Beschluß mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu eröffnen.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
 Generaldirektion Wettbewerb
 Direktion Staatliche Beihilfen I
 Rue de la Loi/Wetstraat 200
 B-1049 Brüssel
 Telefax (32-2) 296 98 15

Alle Stellungnahmen werden Schweden übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, daß seine Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

I. DAS VERFAHREN

- (1) Schweden teilte der Kommission mit Schreiben vom 22. Oktober 1999 aufgrund von Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag eine Änderung der Beihilferegelung in Form verminderter Sozialversicherungsbeiträge mit. Diese Beihilferegelung („Nedsatta socialavgifter“), die bis 31. Dezember 1999 gültig war, soll geändert und ausgedehnt werden. Die Kommission hatte 1997 in bezug auf diese Regelung unter der Nummer E8/96 (Schreiben der Kommission Nr. SG(97) D/6781 vom 7. August 1997) zweckdienliche Maßnahmen angenommen.
- (2) Mit Schreiben Nr. D/64905 vom 25. November 1999 ersuchte die Kommission um zusätzliche Angaben über die betreffende Beihilfemaßnahme. Die schwedischen Behörden beantworteten dieses Auskunftsersuchen mit Schreiben vom 21. Dezember 1999, das am 22. Dezember 1999 bei der Kommission einging.

II. BESCHREIBUNG DER MASSNAHME

- (3) Im Rahmen der geplanten Regelung sollen für Arbeitnehmer in Unternehmen, die ihren Sitz in einem Fördergebiet haben und in einer Reihe von Dienstleistungssektoren tätig sind, die Sozialversicherungsbeiträge um 8 % herabgesetzt werden.
- (4) Die Fördergebiete, die in den Genuß der Regelung kommen sollen, gehören zu den von den schwedischen Behörden aufgrund ihrer geringen Bevölkerungsdichte vorgeschlagenen Fördergebieten nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) EG-Vertrag.
- (5) Für die Regelung, die bis 31. Dezember 2000 gültig ist, sind 36,6 Mio. EUR vorgesehen.

III. WÜRDIGUNG

- (6) Die schwedischen Behörden sind aufgrund der Anmeldung des Beihilfevorhabens ihrer Verpflichtung aus Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag nachgekommen.
- (7) Die Beihilferegelung ist für Unternehmen in bestimmten nordschwedischen Gebieten bestimmt und soll die Nachteile dieser Unternehmen ausgleichen. Aus diesem Grund wird sie gemäß Artikel 87 Absatz 3 EG-Vertrag und insbesondere vor dem Hintergrund der Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung (ABl. C 74 vom 10.3.1998, S. 9, nachstehend die Leitlinien) geprüft.
- (8) Die aufgrund der Regelung gewährten Beihilfen stellen Betriebsbeihilfen dar. Kein Gebiet in Schweden fällt unter die Ausnahmeregelung des Artikels 87 Absatz 3 Buchstabe a). Demnach können Betriebsbeihilfen nur gewährt werden, um Beförderungsmehrkosten auszugleichen. Die Bedingungen, unter denen derartige Beihilfen genehmigt werden können, stehen in der Ziffer 4.16 und im Anhang II der Leitlinien. Die Kommission hat untersucht, inwieweit die geplante Beihilferegelung diese Bedingungen erfüllt. Die Prüfung hat zu folgenden Ergebnissen geführt.
- (9) Sämtliche Fördergebiete im Rahmen der Beihilferegelung stehen auf der von Schweden am 22. Oktober 1999 notifizierten Fördergebietskarte für 2000—2006. Schweden hat sich verpflichtet, die Regelung nicht durchzuführen, bevor die Kommission seine Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)-Fördergebietskarte für 2000—2006 offiziell genehmigt hat. Desgleichen hat es sich verpflichtet, gegebenenfalls den räumlichen Anwendungsbereich der Regelung in Übereinstimmung mit der von der Kommission genehmigten Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c)-Fördergebietskarte für 2000—2006 zu ändern.

Die Kommission hat festgestellt, daß die Fördergebiete im Rahmen der Beihilferegelung dem im fünften Gedankenstrich des Anhangs II der Leitlinien festgelegten Kriterium der geringen Bevölkerungsdichte entsprechen und folglich als Gebiete mit geringer Bevölkerungsdichte einzustufen sind.

- (10) Die Regelung betrifft vor allem Dienstleistungssektoren. Schweden hat bestätigt, daß keine Beihilfen an Unternehmen in sensiblen Sektoren oder an Unternehmen in Sektoren gewährt werden, für die es keinen Alternativstandort gibt.
- (11) Die schwedischen Behörden begründen die aufgrund der Regelung gewährten Beihilfen damit, daß sie die entfernungsbedingten Mehrkosten der förderfähigen Unternehmen ausgleichen sollen. Bei diesen entfernungsbedingten Mehrkosten handelt es sich um die zusätzlichen Aufwendungen, die Unternehmen in Fördergebieten aufgrund einer Reihe von Kosten haben, deren Höhe durch die Entfernung beeinflußt wird. Hierzu gehören die Aufwendungen für Dienstreisen, für Telekommunikation und Datenübermittlung, Dienstleistungen für Unternehmen, Marketing, Management und Personalausbildung. Nach einer von den schwedischen Behörden in Auftrag gegebenen Untersuchung belaufen sich diese Ausgaben für Unternehmen in Fördergebieten jährlich auf durchschnittlich 115 177 SEK je Arbeitnehmer im Vergleich zu nur 63 145 SEK für Unternehmen im Gebiet von Stockholm. Nach Angaben der schwedischen Behörden belaufen sich die entfernungsbedingten Mehrkosten für Unternehmen in Fördergebieten demnach auf jährlich 52 032 SEK je Arbeitnehmer. Dies ist weit mehr als die Herabsetzung der Sozialversicherungsbeiträge um 8 %, die im Jahresdurchschnitt rund 16 000 SEK je Arbeitnehmer ausmacht.

Der zweite Gedankenstrich des Anhangs II der Leitlinien sieht ausdrücklich vor, daß Beförderungsbihilfen „nur für die Beförderungsmehrkosten gewährt werden dürfen“. Die Kommission stellt sich die Frage, ob sich der Begriff der entfernungsbedingten Mehrkosten mit dem Begriff der Mehrkosten für die Güterbeförderung deckt und ob diese von den schwedischen Behörden inhaltlich und mengenmäßig definierten entfernungsbedingten Mehrkosten die Gewährung von Beihilfen als Ausgleich für Beförderungsmehrkosten in den aufgrund der geplanten Regelung förderfähigen Gebieten rechtfertigt.

Sie will in diesem Zusammenhang untersuchen, ob rauhe klimatische Bedingungen und andere besondere Umstände ein zusätzlicher Grund für die Gewährung von Beihilfen sein könnten.

Die Beihilfe soll im Rahmen der geplanten Regelung auf der Grundlage der von den förderfähigen Unternehmen zahlbaren Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Der Beihilfebetrug, den jedes Unternehmen erhält, hängt als solcher ausschließlich von der Zahl der Beschäftigten

im förderfähigen Betrieb und von den Lohnkosten je Beschäftigten ab. Selbst wenn also entfernungsbedingte Mehrkosten als ausreichender Grund für die Gewährung von Beförderungsbihilfen akzeptiert würden, ist immer noch nicht klar, wie die aufgrund der geplanten Regelung an den einzelnen Empfänger gewährte Beihilfe zu den entfernungsbedingten Mehrkosten, die jedem einzelnen Empfänger tatsächlich entstehen, in Beziehung gesetzt werden könnte. Daher besteht die Gefahr der Überkompensation zugunsten des Beihilfeempfängers. Deswegen stellt sich die Kommission die Frage, ob die Art und Weise, wie der Beihilfebetrug in jedem Einzelfall berechnet wird, mit den Vorschriften des zweiten und des dritten Gedankenstrichs des Anhangs II der Leitlinien vereinbar ist.

IV. SCHLUSS

- (12) Aus diesen Gründen fordert die Kommission Schweden im Rahmen des Verfahrens nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag auf, innerhalb eines Monats nach Eingang dieses Schreibens seine Stellungnahme abzugeben und alle für die Beurteilung der Beihilfe sachdienlichen Informationen zu übermitteln.

DAS SCHREIBEN

„Kommissionen vill härmed underrätta Sverige om att den, efter att ha granskat de upplysningar som de svenska myndigheterna lämnat, har beslutat att inleda förfarandet angivet i artikel 82.2 i EG-fördraget.

I. FÖRFARANDE

- 1) Genom en skrivelse av den 22 oktober 1999, som registrerades vid kommissionen den 25 oktober 1999, anmälde Sverige enligt artikel 88.3 i fördraget förändrade villkor för nedsättning av socialavgifter, som innebär en ändring och förlängning av stödprogrammet Nedsättning av socialavgifter som upphörde att gälla den 31 december 1999. 1997 antog kommissionen de åtgärder som krävdes beträffande detta program under nummer E 8/96 (kommissionens skrivelse SG(97) D/6781 av den 7 augusti 1997).
- 2) Genom skrivelse D/64905 av den 25 november 1999 begärde kommissionen ytterligare upplysningar om denna stödåtgärd. De svenska myndigheterna lämnade de begärda upplysningarna i en skrivelse av den 21 december 1999, som registrerades vid kommissionen den 22 december 1999.

II. SAKFÖRHÅLLANDE

3) Stödberättigade regioner:

De områden som är berättigade till stöd enligt det föreslagna programmet anges i andra spalten i följande tabell:

Tabell 1: Stödberättigade områden enligt det föreslagna stödprogrammet

NUTS nivå III	Stödberättigade kommuner eller kommundelar	Folkmängd 31.12.1998	Invånare per km ²
Dalarna	Vansbro	7 476	4,8
	Malung	10 972	2,7
	Orsa	7 150	4,1
	Älvdalen	7 932	1,1
	Del av Mora (endast Våmhus och Venjan)	2 100	2
Västernorrland	Ånge	11 497	3,8
	Del av Sundsvall (endast Holm och Liden)	1 500	1,7
	Sollefteå	22 854	4,2
	Del av Örnsköldsvik (endast Anundsjö, Skorped, Björna och Trehörningsjö)	8 000	1,9
Jämtland	Strömsund	14 575	1,4
	Åre	9 838	1,3
	Härjedalen	11 723	1
	Ragunda	6 540	2,6
	Bräcke	7 864	2,3
	Krokom (utom Aspås, Ås och Rödön)	14 279	2,3
	Berg	8 274	1,4
	Östersund (utom församlingarna Östersund, Frösö, Sunne, Lockne, Marieby, Brunflo, Kyrkås och Lit)	58 673	26,4
Västerbotten	Storuman	7 177	1
	Sorsele	3 281	0,4
	Dorotea	3 441	1,2
	Vilhelmina	8 125	1
	Åsele	3 789	0,9
	Bjurholm	2 786	2,1
	Vindeln	6 245	2,4
	Malå	3 821	2,4
	Lycksele	13 386	2,4
	Norsjö	4 850	2,8
	Del av Skellefteå (endast Jörn, Fällfors och Kalvträsk)	3 500	1,3
Norrbotten	Arvidsjaur	7 401	1,3
	Arjeplog	3 517	0,3
	Jokkmokk	6 305	0,3
	Överkalix	4 366	1,6
	Kalix	18 408	10,2
	Övertorneå	5 868	2,5
	Pajala	7 779	1
	Gällivare	20 987	1,3
	Älvsbyn	9 101	5,3
	Del av Piteå (f.d. Markbygdens kbf)	650	0,7
	Del av Boden (endast Edefors och Gunnarsbyn)	2 800	0,9
	Haparanda	10 580	11,5
	Kiruna	25 148	1,3
Värmland	Torsby	14 142	3,4
Gävleborg	Ljusdal	20 167	3,8

4) Stödberättigade branscher/verksamheter

Stödprogrammet är tillämpligt på företag inom följande branscher eller med verksamhet inom följande områden:

- Uppdrags-, uthyrnings- och reparationsverksamhet.
- Hotell-, pensionats- och campingverksamhet.
- Restaurang- och kaféverksamhet som bedrivs i kombination med hotell-, pensionats- och campingverksamhet.
- Renhållnings-, städnings- och tvätteriverksamhet.
- Rekreationsservice och kulturell serviceverksamhet med undantag av biblioteksverksamhet.
- Verksamhet som bedrivs av ideella, kulturella och religiösa organisationer samt intresseorganisationer.
- Enheter som bedriver administrativ verksamhet avseende företagsledning, ekonomi- och löneadministration, bokföring, administrativ databehandling, registreringsverksamhet, telefonförsäljning samt ordermottagning.

Programmet är inte tillämpligt på verksamheter aktiva inom administrativa funktioner som tillhör företag som är verksamma med produktion, bearbetning och marknadsföring av sådana jordbruksprodukter som anges i bilaga I till EG-fördraget och inte heller till företag inom följande känsliga sektorer: fiskeriverksamhet, kol, stål, transport, skeppsbyggnad, syntetfiber och motorfordon.

5) Stödform och -belopp

Enligt åtgärden skall de föreskrivna socialavgifterna sättas ned med åtta procentenheter för anställda på företag som är belägna i de stödberättigade regionerna och som är verksamma inom en stödberättigad bransch eller på ett stödberättigat område.

6) Kumulering

Nedsättning av socialavgifter får inte lämnas om sökanden för samma period beviljats transportbidrag enligt den ändrade ordningen för regionalt transportbidrag (N 146/99).

7) Varaktighet

Åtgärden skall upphöra att gälla efter den 31 december 2000.

8) Budget:

För år 2000 har SEK 313 734 000 (cirka 36 634 000 euro) budgeterats.

III. BEDÖMNING

- 9) De svenska myndigheterna har följt det förfarande som föreskrivs i artikel 88.3 i EG-fördraget genom att anmäla den föreslagna åtgärden innan den sätts i kraft.
- 10) Enligt åtgärden används statliga medel för att ge en ekonomisk fördel (nedsatta socialavgifter) till vissa, specifika företag (företag som är belägna inom de stödberättigade områdena och som tillhör särskilt angivna branscher eller bedriver verksamhet på särskilt angivna områden). Många av dessa företag bedriver näringsverksamhet inom vilken det förekommer handel mellan medlemsstaterna. Med hänsyn till detta finner kommissionen att den föreslagna ordningen ger upphov till statligt stöd enligt artikel 87.1.
- 11) Det stöd som ges enligt åtgärden riktar sig till företag som är belägna i särskilt angivna regioner i norra Sverige och syftar till att dessa skall övervinna de handikapp de ställs inför på grund av den låga befolkningstätheten i dessa regioner och det hårda klimatet. Anmälan granskas därför utifrån artikel 87.3 i EG-fördraget och med särskilt beaktande av Riktlinjer för statligt stöd för regionala ändamål (EGT C 74, 10.3.1998, s. 9) – nedan kallade riktlinjerna.
- 12) Stöd som beviljas enligt ordningen utgör driftsstöd av följande skäl:
 - Det minskar mottagarnas normala löpande utgifter (deras socialavgifter).
 - Det finns inte heller något krav på att stödet skall vara kopplat till en nyinvestering.
- 13) Kommissionen motsätter sig normalt driftsstöd. Sådant stöd är av permanent natur och kommissionens uppfattning är att stimulans effekterna av sådant stöd är mindre påtagliga. Det finns därför risk för att driftsstöd permanent snedvrider konkurrensen utan att på ett effektivt sätt bidra till uppnåendet av det gemensamma intresset, vilket är vad som kan motivera statligt stöd.

Driftsstöd godtas därför endast i undantagsfall. Enligt punkterna 4.15 och 4.16 i riktlinjerna får driftsstöd endast beviljas i följande två fall:

 - Normalt driftsstöd får endast beviljas i sådana regioner som avses i artikel 87.3 under förutsättning att stödet är motiverat och står i förhållande till de handikapp som det är avsett att kompensera för.

- I de yttersta områdena och i regioner med låg befolkningstäthet som omfattas av undantag enligt artikel 87.3 a eller 87.3 c får stöd som är avsedda att kompensera för merkostnader för transport tillåtas på de särskilda villkor som anges i bilaga II till riktlinjerna.
- 14) Det finns inte några regioner i Sverige som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 a och inte heller några som motsvarar definitionen av "yttersta områden" i Förklaring 26 om regionerna i gemenskapens yttersta områden som bifogas Fördraget om Europeiska unionen.
- 15) Åtgärden nedsättning av socialavgifter är riktad till de regioner med låg befolkningstäthet i Sverige som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 c. Kommissionen har därför undersökt om den föreslagna stödordningen överensstämmer med bestämmelserna och villkoren i punkt 4.16 och bilaga II i riktlinjerna. Undersökningen har gett följande resultat:
- 16) *Geografisk täckning*

Enligt punkt 4.16 i riktlinjerna får transportstöd endast ges till företag som är belägna i de yttersta områden eller regioner med låg befolkningstäthet som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 a eller 87.3 c.

De områden som är stödberättigade enligt den föreslagna åtgärden är regioner med låg befolkningstäthet som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 c.

- De områden som anges i tabell 1 ovan ingår alla i den förteckning över artikel 87.3 c-regioner under perioden 2000–2006 som anmälts av Sverige (skrivelse från Sveriges ständiga representation, avsänd den 22 oktober 1999 och registrerad av generalsekretariatet den 25 oktober 1999 med referensnummer SG(99) A/13848/2).

De svenska myndigheterna har åtagit sig att inte genomföra åtgärden förrän kommissionen genom ett formellt beslut har godkänt förteckningen över regioner som är berättigade till regionalstöd enligt artikel 87.3 c under perioden 2000–2006. De har också åtagit sig att, om så skulle krävas, ändra åtgärdens geografiska täckning så att den överensstämmer med den förteckning över artikel 87.3 c-regioner som slutgiltigt godkänns av kommissionen.

- Kriterium för låg befolkningstäthet

Fem svenska regioner som tillhör NUTS nivå III har en befolkningstäthet under 12,5 invånare per kvadratkilometer och kan därför betraktas som områden med låg befolkningstäthet. Dessa regioner är Norrbotten, Jämtland, Västerbotten, Västernorrland och Dalarna (se tabell 2 nedan). Den sammanlagda befolkningen i dessa fem NUTS nivå III-regioner är 1 184 824 invånare.

Tabell 2: NUTS nivå III-regioner i Sverige med en befolkningstäthet under 12,5 invånare per kvadratkilometer

	Befolkning 31.12.1998	Invånare per km ²
Norrbotten	260 473	2,6
Jämtland	131 766	2,7
Västerbotten	257 803	4,7
Västernorrland	251 884	11,6
Dalarna	282 898	10,0
Summa	1 184 824	–

De flesta områden som är berättigade till stöd enligt den föreslagna ordningen tillhör någon av ovanstående NUTS nivå III-regioner. Två av de föreslagna kommunerna (Ljusdal och Torsby) tillhör dock inte någon av de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet (de tillhör Värmland resp. Gävleborg). Det kan ändå godtas att dessa båda kommuner tas med i förteckningen över områden som är berättigade till regionalstöd på grundval av kriteriet om låg befolkningstäthet, eftersom åtgärden överensstäm-

mer med femte strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna. Enligt femte strecksatsen är en viss flexibilitet tillåten inom vissa gränser när det gäller valet av sådana områden. Dessa gränser iaktas i fallen Torsby och Ljusdal.

- Flexibiliteten i valet av områden ökar inte den befolkningsandel som omfattas av transportstöd.

För att kontrollera detta måste man jämföra den sammanlagda befolkningen i de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet med den sammanlagda befolkningen i alla områden som omfattas av en åtgärd för transportstöd i Sverige. Vid sidan av åtgärden om nedsättning av socialavgifterna administrerar Sverige även den andra åtgärden för transportbidrag (N 146/99).

Den ändrade förordningen om regionalt transportbidrag (N 146/99) omfattar hela territoriet i fyra av de tidigare nämnda NUTS nivå III-regionerna (Norrbot-

ten, Jämtland, Västerbotten och Västernorrland) med en sammanlagd befolkning av 901 926 invånare. Ordningen med nedsättning av socialavgifter omfattar delar av samma NUTS nivå III-regioner och tre ytterligare områden: delar av Dalarnas län (den femte NUTS nivå III-regionen som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet), Ljusdal (Gävleborg) och Torsby (Värmland). Den sammanlagda befolkningen i dessa tre ytterligare områden är 70 481 personer. Därigenom uppgår det sammanlagda invånarantalet i de områden som omfattas av åtgärderna för transportstöd i Sverige till 971 865. Detta ligger fortfarande klart under det sammanlagda invånarantalet i de fem NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet.

Tabell 3: Befolkning i transportstödsberättigade områden i Sverige

	Befolkning i NUTS III-regioner med under 12,5 inv/km ²	Befolkning i områden som omfattas av transportstöd		
		Förordningen om transportstöd (N 146/99)	Nedsättning av socialavgifterna (N 638/99)	Befolkning som omfattas av en av ordningarna eller båda
Norrbotten	260 473	260 473	122 910	260 473
Jämtland	131 766	131 766	131 766	131 766
Västerbotten	257 803	257 803	60 401	257 803
Västernorrland	251 884	251 884	43 851	251 884
Dalarna	282 898	0	35 630	35 630
Torsby + Ljusdal	0	0	34 851	34 309
Summa	1 184 824			971 865

— Invånarantalet i Torsby och Ljusdal är relativt litet i förhållande till det sammanlagda invånarantalet i de områden som är berättigade till transportstöd (34 309 invånare eller 3,5 % av den sammanlagda folkmängden i de områden som är berättigade till transportstöd).

— Torsby och Ljusdal gränsar till NUTS nivå III-regioner som uppfyller kriteriet om låg befolkningstäthet.

— Ljusdal och Torsby har en befolkningstäthet på 3,8 resp. 3,4 invånare per kvadratkilometer. Detta är klart under de 12,5 invånare per kvadratkilometer som är kriteriet för låg befolkningstäthet.

Hänsyn skall dessutom tas till följande överväganden:

— Torsby och Ljusdal ingick i förteckningen över mål 6-regioner ("regioner som är ytterst glesbefolkade") enligt definitionen i Protokoll 6 till anslutningsfördraget.

— Båda kommunerna ingår i det svenska mål 1-området för perioden 2000–2006 (Kommissionens beslut av den 1 juli 1999 om upprättande av en förteckning över regioner som omfattas av strukturfondernas mål 1 för perioden 2000 till och med 2006 (EGT L 194, 27.7.1999, s. 53)).

Med hänsyn till ovanstående finner kommissionen att det geografiska område som är berättigat till stöd enligt den föreslagna ordningen uppfyller villkoren i punkt 4.6 och bilaga II i riktlinjerna.

17) Branschomfattning

Ordningen omfattar i huvudsak verksamheter inom tjänstesektorn och även administrativa enheter på tillverkande företag (t.ex. försäljningsavdelningen på ett stort tillverkningsföretag).

De svenska myndigheterna har bekräftat att åtgärden inte skall tillämpas på något företag som ägnar sig åt produktion, bearbetning eller marknadsföring av jordbruksprodukter som tas upp i bilaga I till fördraget och inte heller på något företag inom följande sektorer: fiskeriverksamhet, kol, stål, transport, skeppsbyggnad, syntetfiber och motorfordon.

Åtgärden uppfyller slutligen kravet i tionde strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna, dvs. den omfattar inte några sektorer där en alternativ lokalisering inte kan komma in fråga (utvinningsprodukter, vattenkraftverk osv.)

18) Motiv för stödet

Enligt artikel II i riktlinjerna får transportstöd endast användas för att kompensera merkostnader för transport av varor inom det berörda landets gränser. Enligt punkt 4.16 i riktlinjerna ankommer det på medlemsstaten att visa att dessa merkostnader förekommer och att bestämma deras omfattning.

— I sin anmälan motiverar Sverige det stöd som skall ges enligt åtgärden med det faktum att företag som är belägna i den stödberättigade regionen har "indirekta avståndsberoende merkostnader" för transport som beror på det geografiska läget, den mycket låga befolk-

ningstätheten och det hårda klimatet i den berörda regionen.

— 1998 beställde Sverige en undersökning av Statens institut för regionalforskning (SIR). Undersökningen skulle fastställa de "avståndsberoende merkostnaderna" för företag i de områden som är stödberättigade enligt den föreslagna åtgärden. I undersökningen definierades "avståndsberoende merkostnader" som de merkostnader företagen i den stödberättigade regionen ådrog sig inom en rad kostnadsslag som antogs vara avståndskänsliga, bl.a. följande: Kostnader i samband med personalens resor samt kostnader för tele- och datakommunikation, företagstjänster, marknadsföring, företagsledning och personalutbildning. För att kvantifiera de avståndsberoende merkostnaderna jämförde man i undersökningen utgifterna inom de relevanta kostnadsslagen hos ett urval tjänsteföretag i den stödberättigade regionen med motsvarande utgifter hos ett urval liknande företag i Stockholmsområdet. Undersökningens resultat blev att de genomsnittliga årliga kostnaderna för dessa poster var 115 177 kronor per person för företag i den stödberättigade regionen men bara 63 145 per anställd i företag i Stockholmsområdet (närmare uppgifter ges i Tabell 4). På grundval av dessa resultat drog de svenska myndigheterna slutsatsen att de avståndsberoende merkostnaderna för företag i det stödberättigade området uppgick till 52 032 kronor per anställd och år. SIR ansåg att en mycket stor del av de avståndsberoende merkostnaderna kunde tillskrivas merkostnader för resor (t.ex. större kostnader för företagstjänster i det stödberättigade området, till stor del beroende på de relativt höga resekostnaderna för de konsulter som levererade dessa tjänster).

Tabell 4: Avståndsberoende merkostnader per anställd och år

Kostnadsslag	Stödområde (SEK)	Stockholmsområdet (SEK)	"Merkostnader" (SEK)
Resor			
— Resekostnader	12 992	6 227	6 765
— Ej kostnadseffektiv restid	7 411	1 414	5 997
— Traktamenten etc.	6 585	1 101	5 484
Data- och telekommunikationer	11 860	15 482	- 3 622
Företagstjänster	36 115	12 570	23 545
Marknadsföring	31 979	18 953	13 026
Styrelsekostnader	1 383	135	1 248
Utbildning	6 852	7 263	- 411
Summa	115 177	63 145	52 032

Källa: SIR:s undersökning (citerad av de svenska myndigheterna)

- Sverige beräknar det genomsnittliga värdet av nedsättningen av socialavgifterna till cirka 16 000 kronor per anställd och år. Detta är betydligt mindre än de genomsnittliga avståndsberoende merkostnaderna per anställd och år för företagen i det stödberättigade området.
- På grundval av ovanstående drar Sverige slutsatsen att det stöd som skall beviljas enligt åtgärden bara delvis ger kompensation för de stödberättigade företagens avståndsberoende merkostnader.
- Vad gäller kumulering med transportstöd och andra åtgärder är det viktigt att lägga märke till att de svenska myndigheterna har bekräftat att företag som har mottagit direkt transportbidrag enligt den ändrade förordningen om regionalt transportbidrag (N 146/99) inte är berättigade till stöd enligt ordningen med nedsättning av socialavgifterna under samma period.

I den andra strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna fastslås klart att transportstöd får endast gälla merkostnader för transport av varor inom det berörda landets gränser. Kommissionen hyser tvivel om huruvida begreppet "avståndsberoende merkostnader", så som det definieras i SIRs undersökning, överensstämmer med begreppet merkostnader för transport av varor. Kommissionen betvivlar därför att de avståndsberoende merkostnader som Sverige angivit och kvantifierat kan användas som motiv för beviljande av stöd för att uppväga merkostnader för transport i regioner som är berättigade till undantag enligt artikel 87.3 c EG på grundval av kriteriet om befolknings-täthet.

Kommissionen är dock inte motvillig till att undersöka huruvida kärva klimatförutsättningar och andra specifika omständigheter kan ge ytterligare rättfärdigande för det stöd som ges under åtgärden.

19) Beräkning av omfattningen av stödet till företagen

Enligt den föreslagna åtgärden ges företagen en nedsättning med åtta procentenheter av de socialavgifter som skall betalas för varje anställd inom de enheter som bedriver stödberättigade verksamheter i de stödberättigade regionerna.

Enligt tredje strecksatsen i bilaga II till riktlinjerna måste transportstöd vara objektivt kvantifierbara på förhand på grundval av ett nyckeltal "stöd per tillryggalagd kilometer" och "stöd per viktenhet". I första strecksatsen anges vidare: "Stöden får endast användas för att kompensera merkostnader för transport" och att "överkompensation får inte äga rum under några omständigheter". Detta innebär att det skall vara möjligt att fastställa ett klart samband mellan det stöd som beviljas varje enskild mottagare och de merkostnader för transport som var och en faktiskt har ådragit sig.

Stöd enligt åtgärden nedsättning av socialavgifter beräknas på grundval av de socialavgifter som skall betalas av de stödberättigade företagen. Därigenom är stödbeloppet för varje företag endast beroende av antalet anställda på de stödberättigade etableringsställena och på lönekostnaderna för dessa anställda. Det är därför fortfarande inte klart – även om avståndsberoende merkostnader skulle godtas som ett giltigt motiv för beviljande av transportstöd – vad det kan finnas för samband mellan det stöd som skall ges till varje enskild mottagare enligt den föreslagna ordningen och de avståndsberoende merkostnader som faktiskt uppkommer för var och en av mottagarna. På grund av detta finns det risk för överkompensation när det gäller enskilda stödmottagare. Med hänsyn till ovanstående betvivlar kommissionen att metoden för att beräkna stödbeloppet i varje enskilt fall överensstämmer med andra och tredje strecksatserna i bilaga II till riktlinjerna.

IV. SLUTSATS

20) Med hänsyn till ovanstående överväganden ger kommissionen inom ramen för förfarandet i artikel 88.2 i EG-fördraget Sverige tillfälle att inom en månad från mottagandet av denna skrivelse yttra sig och tillhandahålla alla upplysningar som kan bidra till undersökningen av åtgärden. Kommissionen uppmanar de svenska myndigheterna att omedelbart översända en kopia av denna skrivelse till de potentiella stödmottagarna.

21) Kommissionen påminner Sverige om att artikel 88.3 i EG-fördraget har en uppskjutande verkan och hänvisar till artikel 14 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, som föreskriver att allt olagligt stöd kan återkrävas från mottagarna.